

A) 29. Juni 2018, Ralph Schönball: **Immer Zoff um die Wippe**

Beim Einheitsdenkmal war eigentlich alles klar. Jetzt wurde die Mittelfreigabe im Haushaltsausschuss vertagt. Kleine Analyse eines politischen Ränkespiels.

B) 27. Juni 2018, Christine Peitz, **Die Einheitswippe kippt schon wieder**

Das Einheitsdenkmal wurde bereits 2017 beschlossen. Nun fehlt es auf der Tagesordnung des Haushaltsausschusses. Die CDU wirft der SPD vor, das Projekt zu "hintertreiben". Die SPD sagt, die Nicht-Behandlung sei einvernehmlich beschlossen worden.

C) 29. Juni 2018, Andreas H. Apelt: **Warum das Einheitsdenkmal auf die Berliner Schlossfreiheit gehört**

Der Platz vor dem Berliner Schloss nimmt die Widersprüchlichkeiten deutscher Geschichte auf. Ein Gastbeitrag des Vorstandsbevollmächtigten der Deutschen Gesellschaft e.V.

**A) Immer Zoff um die Wippe**

Büro eines der wohl mächtigsten Fachpolitiker der Sozialdemokraten im Bundestag, Johannes Kahrs, hieß es auf Anfrage am Tag nach der zwölfstündigen Sitzung des Haushaltsausschusses nur schmallippig: „Dazu gibt es keinen Redebedarf“. Am Abend zuvor hatte der Ausschussvorsitzende die Vorlage von Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) zur Freigabe von 17,1 Millionen Euro für den Bau des Freiheits- und Einheitsdenkmals vor dem Schloss fast schon beiläufig für nicht beschlussfähig erklärt. Die Wippe, erneut auf die lange Bank geschoben – ein Eklat.

Die Kulturstaatsministerin soll zwar widersprochen haben, zumal deren Vorarbeiten in eine vom Bundesfinanzministerium abgesegnete Vorlage eingeflossen sind (Kapitel 0452, Titel 89465). Die Vorlage rechtfertigt bis ins Detail: Es kann gebaut werden. Eine Winzigkeit gab es dann aber doch, die den Gegnern der „Einheitswippe“ zupass kam: Der Kaufvertrag für das Grundstück, das dem Land Berlin gehört, ist noch nicht unterzeichnet.

Ist der Ausschussvorsitzende ein besonders skrupulöser Abgeordneter, der nur formvollendeten Vorlagen eine Chance gibt? Dagegen spricht eine Amtshandlung von Johannes Kahrs vor etwa zwei Jahren, im demselben Ausschuss und in derselben Sache. Da hatte er 18 Millionen Euro für die Rekonstruktion der kaiserlichen Kolonnaden am designierten Bauplatz des Einheitsdenkmals – also auf dem Sockel des ehemaligen Kaiser-Wilhelm-Denkmal – bereitstellen lassen. Und zwar ohne dass eine genauere Planung vorlag, geschweige denn eine Genehmigung oder ein unterzeichneter Grundstückskauf. Auch ein Architekturbüro war nicht bekannt. „Wir haben viel für Berlin draufgelegt, weil es eine großartige Stadt ist“, hatte Kahrs damals dem Tagesspiegel erklärt. Und dass „die Beschlüsse fast alle einstimmig fallen“.

**Der Grundstücksvertrag ist „ausgehandelt“, heißt es vom Land Berlin.**

Die Grundstücksfrage ein Grund sein könnte, um einen neuerlichen Aufschub zu rechtfertigen, lässt sich durch einen Anruf bei der Chefin von Berlins landeseigener Grundeigentumsgesellschaft BIM ausschließen. „Wir sind uns in allen wesentlichen Punkten einig“, sagt Birgit Möhring. Der Kaufvertrag, mit dem die Landesfläche an den Bund geht, liege „endverhandelt“ bei der Senatsverwaltung für Finanzen. Kleinigkeiten, Formulierungen allenfalls könnten noch angepasst werden. Daran werde es nicht scheitern, sie sei von der Nachricht aus dem Haushaltsausschuss selbst überrascht worden.

Zumal das Architektenbüro Milla und Partner schon am Montag mit der Realisierung der Wippe hätte starten können. Die Baugenehmigung ist längst da. Nun wurde sicherheitshalber eine Verlängerung beantragt.

Denn in den Sommerferien gibt es zwar noch eine Sondersitzung des Haushaltsausschusses, aber da findet sich das Einheitsdenkmal nicht auf der Tagesordnung. Erst im September findet die nächste ordentliche Sitzung statt. Im Oktober läuft die Baugenehmigung aus. Wird darauf spekuliert, dass neue Bedenken die Bauämter in Berlin beschleichen, wie zuvor schon bei der Sicherheit?

**Der Beschluss, das Thema zu vertagen, kam aus der Koalition heißt es**

Dass im Senat mancher Gegner des Denkmals sitzt, ist bekannt. Besonders in der Linken, hervorgegangen aus der zu DDR-Zeiten staatstragenden SED, tut sich mancher schwer mit der Heroisierung der Friedlichen Revolution. Es heißt sogar, die Senatskanzlei habe vor dem ersten Kahrs-„Putsch“ grünes Licht für die Kolonnaden-Option gegeben, die die Wippe ja verhindert hätte.

Einen „kulturpolitischen Affront“ nennt der baupolitische Sprecher der Grünen Chris Kühn das Schauspiel. Mehrere parlamentarische Mehrheiten würden nun usurpiert: Bevor der Bundestag zum zweiten Mal mehrheitlich für das Denkmal stimmte, stimmten auch im Kulturausschuss die meisten dafür. Die Gegner der kinetischen Skulptur nähmen wohl trotzdem einen neuen Anlauf.

Beobachter des Schauspiels im Haushaltsausschuss sagen – ohne genannt werden zu wollen –, Kahrs sei zwar der eigentlich Handelnde gewesen. Der Beschluss, die Freigabe der Bausumme zu vertagen, sei aber „aus der Koalition“ gekommen. Viele seien nicht glücklich mit dem Denkmal vor dem Schloss. Befürworter sagen dagegen, Kahrs sei es, der den Widerstand mobilisiere – und das Sperrfeuer entfache.

**Wächst sich jetzt die Standortdebatte wieder aus?**

Womöglich wächst sich auch das andere Sperrfeuer aus, der von der Berliner Sozialdemokratin und stellvertretenden Fraktionschefin Eva Högl angefachte Streit um den Alternativstandort vor dem Reichstag. Ein wegen unterirdischer Tunnel ungeeigneter Ort für den preisgekrönten Entwurf – es wäre mit einiger Gewissheit das Ende des Denkmals.

(Übertragen aus dem Internet- ohne Abbildung - von Wolfgang Schoele am 29. Juni 2018.)

(bitte weiter blättern)

**B) Die Einheitswippe kippt schon wieder**

**C) Warum das Einheitsdenkmal auf die Berliner Schlossfreiheit gehört**



## B) Die Einheitswippe kipzelt schon wieder

Die Wippe kipzelt schon wieder und lässt weiter auf sich warten: Das seit Jahren geplante Einheits- und Freiheitsdenkmal in Berlin verzögert sich voraussichtlich erneut. Der Grund: Am Mittwoch stand das Denkmal nicht wie geplant auf der Tagesordnung des Haushaltsausschusses. Falls das Thema nicht noch kurzfristig in einer möglichen weiteren Sitzung vor der Sommerpause verhandelt wird, kann das Geld für den Baubeginn wohl erst im September bewilligt werden.

Dabei schieben sich die Fraktionen gegenseitig die Verantwortung für die erneute Verzögerung zu. Es ist die SPD, auf deren Drängen hin der Haushaltsausschuss des Bundestags das für den Baubeginn erforderliche Geld voraussichtlich nicht mehr wie geplant vor der Sommerpause freigeben wird. Die CDU/CSU wirft dem Koalitionspartner deshalb vor, das Denkmal zu „hintertreiben“, indem die Freigabe der Mittel verhindert worden sei. Die Unionsabgeordnete Gitta Connemann und Elisabeth Motschmann sprachen am Mittwoch von einem „Schlag ins Gesicht der mutigen Menschen, die für Freiheit und Einheit ihr Lebens aufs Spiel gesetzt haben“. Sie befürchten sogar, dass das Denkmal damit vollständig kippt, denn im Oktober läuft die jetzige Baugenehmigung aus. Der parlamentarische Geschäftsführer der SPD Carsten Schneider wiederum beteuert, die Koalition habe die jetzige Nichtbehandlung des Themas einvernehmlich beschlossen. Ein handfester weiterer Koalitionskrach.

Ein Sprecher von SPD-Haushaltspolitiker Johannes Kahrs sagte zudem, die Vorlage aus dem Hause Grütters sei unvollständig. Die notwendige Übertragung des Grundstücks vom Land Berlin auf den Bund sei immer noch nicht endgültig vollzogen. Ein Vorwand, heißt es seitens der Kulturstaatsministerin. „Es gibt keine sachlichen Gründe, die Gelder für das Denkmal nicht freizugeben“, sagte ein Sprecher von Monika Grütters. Die Vorlage erfülle nach Prüfung des Bundesfinanzministeriums alle Bedingungen für die abschließende Entscheidung. Im Bericht der CDU-Politikerin heißt es, die Bundesregierung sei der Auffassung, dass „nunmehr hinreichend Klarheit über die Kosten“ besteht, sie belaufen sich auf 17,1 Millionen Euro. Auch der Eigentumsübergang sei „auf einem guten Weg“.

*(Übertragen - ohne Abbildung - aus dem Internet von Wolfgang Schoele am 29. Juni 2018.)*

## C) Warum das Einheitsdenkmal auf die Berliner Schlossfreiheit gehört

Es könnte so einfach sein. Der Haushaltsausschuss gibt die Mittel für den Bau des Denkmals frei, die im Oktober auslaufende Baugenehmigung wird verlängert und der Wettbewerbssieger setzt um, was er versprochen hat. Doch statt einer Klärung von Formalien ziehen dunkle Wolken über dem künftigen Bauplatz auf. Während die Mittelfreigabe mit gutem Willen schnell zu lösen ist, tauchte in der langen Liste der Ideen, das Freiheits- und Einheitsdenkmal doch noch zu verhindern, vor wenigen Wochen ein neuer Vorschlag auf. So soll der Siegerentwurf von Milla und Partner, eine begehbbare überdimensionierte Waage, vor dem Reichstag einen neuen Platz finden.

Leider wärmen die Initiatoren damit eine Suppe auf, die so kalt ist wie der Beschluss des Bundestages zur Errichtung eines Denkmals alt. Und das sind bald elf Jahre. Jede weitere Zeitplanung würde mit dem neuen Vorschlag einmal mehr über den Haufen geworfen.

Zweierlei wird in der Diskussion offensichtlich bewusst und irreführend ausgeblendet. Erstens ging der Sieger des Denkmalentwurfs aus einem Wettbewerb mit 386 Bewerbern hervor, von denen 28 in die engere Auswahl kamen. Dabei war der Standort des Denkmals auf der Berliner Schlossfreiheit Teil des Auslobungstextes. Hier wurde bewusst auf den Sockel des ehemaligen Denkmals für Kaiser Wilhelm I. mit seinen Abmaßen von 85 mal 38 Metern Bezug genommen und auf das städtebauliche Umfeld mit dem Berliner Schloss/Humboldtforum, dem Staatsratsgebäude, der Schinkelakademie und dem Auswärtigen Amt verwiesen. Einen anderen Standort zu wählen, hieße die Entscheidungsgrundlage des Preisgerichts zu ändern. Was das wettbewerbsrechtlich bedeutet, lässt sich nur erahnen.

### Alexanderplatz, Pariser Platz oder vor dem Reichstag?

Zweitens scheint vergessen zu sein, dass es bereits im Umfeld des Bundestagsbeschlusses eine lange Diskussion um die Realisierung und den Standort des Denkmals gegeben hat. Initiiert wurde sie von uns, der Deutschen Gesellschaft e. V., dem ersten nach dem Fall der Mauer gegründeten gesamtdeutschen Verein, der seit 2005 als Träger der Initiative zur Errichtung des Denkmals wirkt. Dabei trafen auf den öffentlichen Hearings bereits frühzeitig Befürworter und Gegner des Denkmals aufeinander. Auch über die Standorte wurde breit diskutiert. So wurden etwa auf einem Hearing in der gut gefüllten Nikolaikirche 2007 neben der Schlossfreiheit (favorisiert von der Initiative) auch der Pariser Platz (Opferverbände), der Alexanderplatz (Lore Maria Peschel-Gutzeit, Senatorin a. D.) und ein Standort im Umfeld des Reichstags (Hermann Rudolph, damaliger Herausgeber des Tagesspiegels) erörtert.

Diese offene Diskussion berücksichtigte auch der Deutsche Bundestag. Der Beschluss vom 9. November 2007, der die Errichtung eines Freiheits- und Einheitsdenkmals zur Erinnerung an die Friedliche Revolution und die Wiedergewinnung der staatlichen Einheit forderte, sah zunächst keinen Ort vor. Es hieß nur, das Denkmal solle „in der Mitte Berlins“ errichtet werden. Und weiter: „Die Bundesregierung wird aufgefordert, gemeinsam mit dem Senat von Berlin einen dafür geeigneten Ort vorzuschlagen.“

Der damalige Kulturstaatsminister Bernd Neumann setzte daraufhin eine „Steuerungsgruppe“ ein. Darin waren Mitglieder des Bundes-Kulturausschusses vertreten, außerdem das Bundesbauministerium, das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, die Senatskanzlei, die Senatsbauverwaltung, das Haus der Geschichte Bonn, das Deutsche Historische Museum sowie die Deutsche Gesellschaft. Diskussionsstoff gab es genug, zumal weitere Standortvorschläge unterbreitet wurden, auch in der Öffentlichkeit. Neben dem Alexanderplatz, dem Pariser Platz und der Schlossfreiheit zählten dazu erneut der Platz vor dem Reichstag, aber auch der Leipziger Platz, die Westseite des Brandenburger Tors, der Lustgarten oder die Lustgartenseite am Schloss.

*(bitte weiter blättern)*



**Fortsetzung: C) Warum das Einheitsdenkmal auf die Berliner Schlossfreiheit gehört**

### **Auf der Schlossfreiheit stand das Nationaldenkmal Wilhelms I.**

Nach mehreren Diskussionsrunden wurde schnell klar, dass die Mehrheit einen für die Friedliche Revolution authentischen Ort im ehemaligen Ostteil der Stadt favorisierte. Dies, so die Argumentation, sei man den mutigen Männern und Frauen schuldig. Damit rückte wieder die Schlossfreiheit in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Hier, in unmittelbarer Nähe zum alten Staatsratsgebäude der DDR, zum Zentralkomitee der SED und DDR-Außenministerium, zogen Teile der größten Demonstration des Revolutionsherbstes vom 4. November 1989 vorbei. Am Ende versammelten sich bis zu einer Million Menschen auf dem Alexanderplatz. Im „Palast der Republik“ tagte die frei gewählte Volkskammer und fasste in der Nacht des 23. August 1990 den Beitrittsbeschluss. Und im benachbarten Kronprinzenpalais wurde der Einigungsvertrag unterzeichnet.

Für die Deutsche Gesellschaft e. V. gab es von Anfang an noch einen weiteren Grund, der für den Ort sprach. Auf der Schlossfreiheit stand das Nationaldenkmal Wilhelms I., dessen Reichsgründung von „oben“ nun im besten Sinne aufgehoben wird durch die Erinnerung an jene, die die Freiheit und Einheit von „unten“ erkämpft haben. Es gibt keinen besseren Platz im Herzen der Hauptstadt, der die Widersprüchlichkeit deutscher Geschichte besser aufnimmt, der Stolz und Freude über eine geglückte Revolution verkündet.

Diese Argumentation machte sich der Bundestag zu eigen. Im Beschluss vom Dezember 2008 hieß es: „Nach Abwägung historischer und inhaltlicher Aspekte ist als Standort der Sockel des Kaiser-Wilhelm-Denkmal vorgesehen.“ Der erneute Beschluss des Bundestags vom Mai 2017 bestätigte das, was bereits zehn Jahre zuvor entschieden wurde. Daran sollten weder verspätete Mittelfreigaben noch neue Standortdebatten etwas ändern.

*(Übertragen aus dem Internet von Wolfgang Schoele am 29. Juni 2018 am 29. Juni 2018.)*